

Lokführer_Innenstreik: Wer ist schuld, wenn meine Bahn nicht kommt?!

Von Lars Keller

Gründe, warum wir auf dem Bahnsteig stehen und vergeblich auf unseren Regio oder die S-Bahn warten, gibt's ja viele. Mal sind es die ominösen Verzögerungen im Betriebsablauf, mal ist der Zug kaputt, dann eine Weiche oder es fehlt einfach an Personal, also an Lokführer_Innen. Das ist alles nichts Neues, bei einer Bahn, die als Erstes Gewinn machen soll und erst als Zweites gut funktionieren soll. Personal ausbilden, Signale schnell entstören, Züge rechtzeitig reparieren, das alles kostet und bringt keinen Gewinn. Also schauen wir auf die Anzeigetafel und ärgern uns: „Heute ca. 15 Minuten später.“ oder gleich „Zug fällt aus.“. Übrigens gilt für die Deutsche Bahn ein ausgefallener Zug nicht als verspätet...so kann man sich die eigene Zuverlässigkeit natürlich auch schön rechnen.

Demnächst kann es allerdings sein, dass wir auf dem Bahnsteig stehen, der Zug nicht kommt und der Blick auf die Anzeigetafel uns verrät: „+++GDL-Streik+++Zug fällt aus+++“. Vielleicht ist dir genau das auch schon passiert, entweder, weil du beim letzten großen Lokführer_Innenstreik 2015 auch schon betroffen warst oder weil neue Streiks stattgefunden haben, seitdem wir die Zeitung gedruckt haben. Das ärgert dich vielleicht, und du fragst dich:

Warum streiken die denn? Und das auch noch ausgerechnet jetzt!

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) verhandelt mit der Deutschen Bahn (DB) derzeit um einen neuen Tarifvertrag, also darüber, wie viel

Lokführer_Innen und andere Arbeiter_Innen bei der Bahn demnächst verdienen sollen, wie viel sie arbeiten müssen und noch vieles mehr. Bisher wird darüber nur im Hinterzimmer zwischen GDL und DB verhandelt (öffentlich wäre natürlich besser), aber wenn sich aus den Bossen der Bahn kein gutes Angebot heraushandeln lässt, kann die GDL versuchen, durch Streiks mehr Druck zu machen.

Die Forderungen der GDL

solltest du auf jeden Fall unterstützen. Warum? Es geht z.B. um 4,8 % mehr Lohn, was dringend nötig ist, wenn wir uns anschauen, wie Mieten explodieren oder Lebensmittelpreise steigen. Außerdem soll's eine Coronaprämie von 1300 Euro geben für die, die während der Krise den Schienenverkehr aufrecht gehalten haben, damit Menschen ohne Auto auch weiterhin zur Arbeit kommen konnten.

Die Deutsche Bahn wirft

der GDL vor, dass sie mit ihren Forderungen die Verkehrswende aufhalte. Aber das Gegenteil ist der Fall! Wer einen guten Schienenverkehr will, braucht auch gut bezahlte Zugbegleiter_Innen und Lokführer_Innen! Nicht die Lokführer_Innen sind es, die die Verkehrswende ausbremsen, sondern die Deutsche Bahn AG und der deutsche Staat sind es. Beweis? In den letzten 25 Jahren wurden in Deutschland 6000 km Gleise abgebaut und ungefähr genauso viele Bundesstraßen und Autobahnen gebaut, außerdem wurden Tausende Jobs gestrichen und die Arbeitsbedingungen der Lokführer_Innen wurden um einiges schlechter.

Klingt ja, als würden
die alles richtig machen?!

Naja, nein. Die

Forderungen der GDL sind schon richtig, aber das heißt nicht, dass sie alles richtig machen. Beispielsweise tat die GDL bei vergangenen Streiks wenig dafür, die Fahrgäste miteinzubeziehen und das, obwohl es von allen Seiten die widerlichste Hetze hagelte, vor allem aus jenen dreckigen Fingern der BILD-Zeitungsredaktion. Das wird sicher

wieder passieren.

Die GDL könnte auf die Fahrgäste zugehen, indem in einer ersten Stufe des Streiks Lokführer_Innen die Züge zwar weiterfahren, aber angekündigt keine Ticketkontrollen mehr durchführen (ein indirekter Aufruf zum kostenlosen ICE fahren). Oder dass der Fokus des Streiks auf den Güterverkehr gesetzt wird, was bei den deutschen Autoindustrien und anderen Großindustrien schnell zu derart großen wirtschaftlichen Problemen führen würde, dass ein großer Druck auf die Bundesregierung und den Staat als Eigentümer der Deutschen Bahn daraus hervorgehen würde. Am Ende ist aber natürlich auch ein Streik im Personenverkehr legitim, gepaart mit einer Kampagne unter den Fahrgästen. Unserer Ansicht nach sollten die Kolleg_Innen das selbst durch Streikkomitees demokratisch entscheiden und kontrollieren, wie sie was bestreiken und es nicht einfach dem Gewerkschaftsvorstand überlassen.

Denn letztlich verdient die GDL auch dafür Kritik, dass sie den Vorstoß der Grünen (richtig, die Partei, die Wälder für Autobahnen fällen lässt) unterstützt, die Deutsche Bahn zu zerschlagen, also für mehr Konkurrenz („Wettbewerb“) auf der Schiene zu sorgen. Erfahrungsgemäß führt das zu einer noch beschisseneren Betriebsqualität, also mehr „15 Minuten später“ oder „Zug fällt aus“ oder generell Fahrpläne die gar nicht zusammenpassen. Der Grund ist einfach der, dass mehr Wettbewerb auch mehr Kosten einsparen bedeutet, womit wir wieder bei nicht reparierten Zügen und unterbezahltem Personal wären...

Demgegenüber sollten wir und alle, die es ernst meinen mit der Verkehrswende und dem Klimaschutz, dafür eintreten, dass der gesamte Transportsektor entschädigungslos enteignet und verstaatlicht wird und von Arbeiter_Innen, Pendler_Innen usw. demokratisch kontrolliert wird. Denn die Eisenbahn soll keinen Gewinn machen, sondern uns nachhaltig

und sicher von Hier nach Dort bringen!

Wovor schützt eigentlich der Jugendschutz?

Von Flo Schwerdtfeger

Das fragt man sich nachts, wenn man beim Fernsehen gekonnt die Warnung „Dieser Film ist für Zuschauer_Innen unter 16 Jahren nicht geeignet“ ignoriert oder sich im Internet einen Geburtstag in den 70ern erfindet.

Zumindest was die indirekte Kontrolle des Jugendschutzes angeht, sind die Jugendlichen meist schlauer als der Mechanismus, der sie schützen soll. Schwieriger wird es da, Schnaps zu kaufen mit dem extra unrasierten Gesicht, um älter zu wirken. Natürlich sofern die Person an der Kasse keine Brille trägt.

All das regelt in Deutschland der Jugendschutz: die Abgabe von Alkohol und Tabak, der Zugang zu Filmen, Spielen oder Gaststätten. Doch jede/r, der/die schonmal jugendlich war, weiß, dass man bei Bedarf trotzdem an alles rankommt. Warum sollten wir dennoch darüber reden und wie kann er sinnvoller gestaltet werden?

Denn an sich kann man erstmal die Intention des Jugendschutzes nachvollziehen. Es gibt einige Bereiche, in denen es einen ziemlich eindeutigen Zusammenhang zwischen Alter und Schädlichkeit gibt. Beispiele sind da Tabak und Alkohol, bei denen es direkt an die biologische Entwicklung des Menschen gekoppelt ist. Man soll eben seinen Körper während der Entwicklung nicht kaputt machen. Darauf erst einmal einen guten Schluck Cola!

Im Gegensatz dazu stehen Filme und Videospiele. Diese schaden weniger der Körperentwicklung, können sich dafür aber auf die Psyche auswirken. Egal ob die Betroffenen nicht mehr einschlafen können oder es einfach ohne Probleme an ihnen vorbeigeht – es macht erstmal Sinn, nicht die derbsten Splatter-Filme mit 11 anzuschauen.

Wo hakt's am momentanen Jugendschutz?

Eines der größten Probleme ist, dass er holzschnittartig funktioniert: Er richtet sich nicht an den/die Konsument_in als Individuum. Das ist bei Filmen und Spielen schwer zu verstehen. Es gelten ja die gewöhnlichen Abstufungen von 0, 6, 12, 16 und 18 Jahren. Besonders aber mit der eigenen Entwicklung kann man selbst besser einschätzen, was man konsumieren möchte, ohne davon verstört zu werden. Wer kennt nicht den Versuch, die Eltern zu überreden, diesen einen Film oder das eine Game zu kaufen, obwohl man noch gar nicht alt genug ist. Im Zweifelsfall macht man es dann halt einfach geheim. Doch Verbote verhindern es zusätzlich, sich beispielsweise mit den Eltern darüber zu unterhalten, weil man damit zugeben würde, etwas Verbotenes getan zu haben. Falls es einen doch überfordert, hat man also keinen Support und zur Verstörung gesellen sich noch Scham, Angst und Entfremdung.

Interessanterweise hat der Kapitalismus bei anderen Sachen gar nicht so ein großes Problem, Jugendliche zu schädigen. Wenn es zum Beispiels um's Arbeitsrecht geht, gibt es tatsächlich zu wenig Jugendschutz: Schutz nämlich vor Ausbeutung, wenn man in Ausbildung, Praktikum, FSJ und generell unter 18 keinen Mindestlohn bekommt und für den arschigen Chef die Drecksarbeit machen muss. Das kann einem mehr zu schaffen machen als der krankste Shooter. Und ironischerweise darf man bei der Bundeswehr schon mit 17 Schießen lernen, bei Call of Duty Schießenspielen gibt's erst ab 18!

Wie könnte man es besser machen?

Jugendschutz scheint einen richtigen

Punkt zu haben. Erstmal sollte das zuständige Gremium verändert werden. Es besteht derzeit aus Vertreter_Innen von Kunst, Kultur und Medien, aber auch mehreren Religionsvertreter_Innen.

Unterrepräsentiert sind dabei Jugendliche selbst, die nur indirekt über die Kategorien der öffentlichen oder freien Jugendhilfe dabei sind. Wenn man aber über Jugendschutz bestimmen möchte, dann nur mit Jugendlichen gemeinsam. Alles andere endet nur in den weltfremden und konservativen Regeln, die wir jetzt haben.

Nur weil ein Alter

draufsteht, heißt es nicht, dass es für alle darunter total schlimm ist und für alle darüber total unproblematisch. Und ohnehin nehmen die meisten Jugendliche das höchstens als gutgemeinten Rat.

Dementsprechend müssten die festen Altersgrenzen abgeschafft werden oder zumindest stark zurückgeschnitten werden. Beim Rest bräuchte es Eigenverantwortung und die Befähigung dazu. Das bedeutet auch, zu wissen, worauf man sich einlässt, also primär Aufklärung fernab der Dämonisierung. Es kann aber auch heißen, das Konzept der „Trigger-Warnung“ massiv auszuweiten, welches vor dem Zugriff auf ein Medium spezifische Aspekte mit Zeitstempel benennt, die potenziell (re-)traumatisierend sein könnten. Je nachdem, ob man sich der Sache gewachsen fühlt, kann man sich dann selbst entscheiden.

Ob mit oder ohne Verbote kann es

passieren, dass man sich etwas gibt, was man nicht erträgt oder einordnen kann. Sich Support zu suchen oder Support anzubieten, ist da die eigentliche Lösung, anstatt zu tabuisieren. Wenn man als Erwachsener für Kinder und Jugendliche verantwortlich ist, sollte man sowohl bezüglich deren psychischer Verfassung als auch der konsumierten Medien achtsam und offen bleiben und beim Finden von Grenzen beistehen.

Der Jugendschutz sollte vollkommen neu

gedacht und gemacht werden. Er setzt bislang vor allem auf

Bevormundung und Verbote, statt auf Eigenverantwortung der Konsument_Innen. Das soll ein Ende haben!

Beispiel Impfstoffproduktion: Kann der Markt die Pandemie beenden?

Von Felix Ruga

Das letzte bürgerliche Versprechen um aus der Pandemie raus zukommen ist die massenhafte Impfung begleitet mit einem halbgaren Freizeitlockdown, um das Gesundheitssystem und die Wirtschaft am Laufen zu halten. Angela Merkel machte zum Startschuss der Impfkampagne das vollmundige Versprechen, dass es jetzt ganz schnell gehen wird und vielleicht schon zu Ostern alles wieder etwas entspannter sein darf. Daraus wurde offensichtlich nichts.

Denn die Impfkampagne kam vier Monate nicht in Gang. Verglichen mit Großbritannien, den USA und Israel ist die Impfgeschwindigkeit in der EU und dementsprechend auch Deutschland ziemlich langsam, ganz zu schweigen vom Großteil der wirtschaftlich schwächeren Länder, die trotz großer Versprechen wohl frühestens massenhaft impfen werden, wenn es die imperialistischen Zentren bereits hinter sich haben. Entscheidend für die Impfgeschwindigkeit ist die Versorgung mit dem Impfstoff selbst und die wird für Deutschland vor Allem über die EU geregelt. Dort wird ständig darum gezankt, wer wie viel kriegt, aber eigentlich ist den Verantwortlichen klar, dass dabei bloß ein Mangel verwaltet wird. Zum einen ist die Produktion ohnehin viel zu schwach, dann gibt

es immer wieder Probleme, weil andere imperialistische Länder entweder Impfstoffe oder deren Bestandteile nicht liefern, um sich erst mal selbst zu versorgen, und die hiesigen Unternehmen haben lange Zeit nur Bruchteile der versprochenen Mengen geliefert.

Der Chaos der privaten Produktion

Dass das aber gar nicht so sein müsste, wird von vielen und auch bürgerlichen Kräften kritisiert. Deutschland hätte mehr anfordern müssen, heißt es da zum Beispiel, oder auf mehr Marken hätte setzen sollen. Dass aber selbst die zu geringen Zahlen nicht eingehalten wurden oder dass sowohl BioNTech, AstraZeneca als auch Moderna alle nicht ihre versprochenen Liefermengen gehalten haben, spricht für sich. Technische Probleme, Zulassungsverfahren, Lieferschwierigkeit, unerwartete Komplikationen führten dazu, dass Deutschland erst jetzt so langsam aus dem Quark seiner Impfkampagne kommt.

Das Hauptproblem ist aber, dass die Impfstoffkonzerne und deren Herstellung nicht primär darauf ausgelegt sind, möglichst sinnvoll alle Menschen zu versorgen. Es geht darum, durch die Produktion möglichst viel Schnapp zu machen. Und damit kommt das größte Hindernis für eine effektive Impfstoffproduktion ins Spiel: die Patente. Weil, da alle Pharmakonzerne es jetzt auf fette Gewinne anlegen, teilen sie ihr Wissen nicht mit anderen möglichen Produzenten und deswegen sichern sie ihr Impfstoffrezept mit dem Patentrecht. Es zeigt zudem, dass der Wettbewerb eben nicht möglichst schnell zum Impfstoff führt. Denn jetzt ist die Arbeit von Biolog_Innen, Pharmazeut_Innen usw. auf unterschiedliche Konzerne verteilt anstatt dass gebündelt zusammen geforscht und produziert wird. So kocht jeder Hersteller eben sein eigenes mRNA- oder Vektor- oder LmaA-machen-wir-viel-Profit-Süppchen.

Außerdem ist es ein großes Problem, dass es zig einzelne Projekte und Unternehmen sind und jeweils nur

dem eigenen Profit oder den Geldgeber_Innen verantwortlich sind. Der Impfstoffnationalismus tut sein Übriges und heraus kommt eine heftige weltweite Ungleichverteilung und Lieferhindernisse. Beispielsweise fasst die USA den „Defence Production Act“, also ein Gesetz für Eingriffe in die Produktion im Kriegsfall von 1950, mittlerweile so auf, dass alle Stoffe zur Bekämpfung von Corona erstmal in den USA bleiben soll. Das bedeutet jedoch auch, dass wichtige Rohstoffe für die Impfstoffproduktion nicht mehr geliefert werden, was weltweit in diversen Standorten die Herstellung ausbremst, unter anderem in Indien und der EU.

Unsere Gesundheit darf keine Ware sein!

Eingriffe in die Produktion sind dabei jedoch ganz grundsätzlich der richtige Ansatz, denn in solch schwierigen Momenten zeigt sich am stärksten, dass wir uns auf den Markt nicht verlassen können! Private Unternehmen haben kein Interesse daran gesamtgesellschaftliche Belange in Betracht zu ziehen. In der Konkurrenz ist das nachrangig und nur hinten angestellt werden dabei unsere Bedürfnisse gestillt. Der bürgerliche Staat will auch nur ungern eingreifen, wenn es darum geht, sinnvolle Preise oder eine notwendige Umstellung der Produktion aufzuerlegen, immerhin, der Markt ist heilig und dürfe nicht angetastet werden.

Deswegen müssen wir als Bewegung von der Straße und in den Betrieben darum kämpfen, dass die Produktion nicht mehr dem Profit, sondern unserer Gesundheit folgt! Wir können den Staat unter Druck setzen, zum Beispiel in dem wir ihn auffordern die Impfstofflizenzen auf gesetzlichem Weg freizugeben und das Patentrecht abzuschaffen. Außerdem fordern wir die Unternehmen zu enteignen und demokratisch über sie zu bestimmen und sie durch die Arbeiter_Innen zu kontrollieren. Und das am besten in allen Ländern! Dadurch wird die Konkurrenz außer Kraft gesetzt und die hergestellten Impfstoffe nur noch dazu da, dass wir uns nicht mehr anstecken und die Pandemie überwinden, nicht um Profit zu machen. Selbstverständlich gäbe es

dann auch keine Notwendigkeit mehr für Patente, Exklusivitäten einzelner Länder oder Verträge, die am Ende eh nicht eingehalten werden. Wir bündeln somit die Produktivkräfte und könnten sie sinnvoll und gerecht einsetzen, um Corona weltweit möglichst schnell ein Ende zu setzen!

Myanmar - Volksaufstand gegen die Militärdiktatur

Seit Anfang Februar sorgt ein Land in Südostasien für Schlagzeilen: Der Militärputsch in Myanmar brachte die Regierung der sozialdemokratischen NLD (Nationale Liga für Demokratie) zu Fall, die zuvor einen Erdrutschsieg bei den Parlamentswahlen erreicht hatte. Der zumindest teilweise demokratische Parlamentarismus dauerte nur zehn Jahre und könnte nun im Versuch des Militärs enden, wieder eine uneingeschränkte Diktatur herzustellen.

Zum Land selbst

Bis heute ist das an Indien, China und Thailand grenzende Myanmar extrem arm. Es hat ein BIP von 70 Mrd. bei einer Bevölkerung von 54 Millionen und gehört damit weltweit zum untersten Fünftel des BIP pro Kopf. 26% leben in totaler Armut. 70% der Bevölkerung hat keinen Strom, ebenso viele leben auf dem Land. Lange Zeit wurde das Land vom Militär diktatorisch geführt, 2010 kam dann die allmähliche wirtschaftliche und politische Öffnung. Das Wirtschaftswachstum war durch den Handel und die Auslandsinvestitionen eines der schnellsten der Welt. Obwohl auch Wahlen stattfanden, die die NLD an die Macht brachten, blieb das Militär politisch und wirtschaftlich als bestimmender Machtfaktor

bestehen und völlig ohne demokratische Kontrolle.

Der Volksaufstand

Ende November wurde in Myanmar die sozialdemokratische NLD als Regierung bestätigt, die trotz der festen 25% Sitze der Militärpartei USDP die absolute Mehrheit verteidigte. Aufgrund fadenscheiniger Anschuldigungen, dass dies der NLD nur durch Wahlbetrug gelungen wäre, hat das Militär am 1.2.2021 die Macht übernommen. Der Sturz der Regierung durch das Militär blieb von den Völkern Myanmars nicht unbeantwortet. Anfangs wurden gewaltige Massendemonstrationen organisiert. Bald darauf erschütterten Streiks das Land, wobei Arbeiter_Innen aus dem Gesundheitssektor diesen Weg zuerst beschritten und ihre Klasse so in den Kampf führten. Auch ein Großteil der Bankarbeiter_Innen und der Staatsbürokratie traten in den Ausstand und paralyisierten so die Regierung. Der Protest war so heftig, dass das Militär die Kontrolle über Teile des Landes verlor. Die Repression wurde jedoch immer extremer: Mittlerweile sind über 740 Menschen (Stand 22.04.2021) vom Militär ermordet worden, Tausende verschleppt, jeder Protest wird sofort angegriffen. Dies hat zwar die gigantischen Massendemonstrationen beendet, nicht jedoch die Bewegung allgemein. Momentan besteht die Taktik der Demonstrant_Innen darin, Barrikaden zu errichten, kurz zu demonstrieren und sich dann schnell wieder zu verteilen, bevor das Militär die Demos mit Scharfschützengewehren, Handgranaten und Maschinengewehren zerschlagen kann.

Im Hintergrund der Proteste existieren die Umrisse einer zweiten Regierung. Sie besteht aus der NLD und dem „Generalstreik Komitee“. Vor allem letzteres hat aktiv an der Organisation der Proteste gearbeitet, indem es viele nationale Minderheiten und Gewerkschaften vereint, die seit der politischen und wirtschaftlichen Öffnung des Landes legalisiert, vor allem aber neu gegründet wurden. In mächtigen Streiks, wie z.B. im Krankenhaussektor oder in der sehr großen und wachsenden Textilindustrie haben sie in den letzten Jahren erfolgreich ihre

ersten Feuertaufen gemeistert. Seit dem Putsch sind die Gewerkschaften sprunghaft gewachsen und bilden das stählerne Rückgrat der Bewegung.

Die Jugend ist furchtlos

Die Proteste auf der Straße selbst werden jedoch vor allem von Jugendlichen getragen. Wieder einmal ist die Jugend die gesellschaftliche Kraft, die die Speerspitze der Kämpfe bildet und auch den höchsten Blutzoll zahlen muss. Sie haben den größten Teil ihres Lebens noch vor sich und sind nicht bereit, ihn in einer noch größeren Unterdrückung und Armut zu verbringen, als sie es ohnehin schon erleben, denn in einer isolierten Diktatur kann es keine Perspektive für sie geben. Prognosen gehen davon aus, dass bis 2022 die Hälfte der Bevölkerung unter die Armutsgrenze rutschen wird. Besonders stark betroffen sind davon vor allem Frauen und Kinder, was es notwendig macht, die Kämpfe gegen Repression und Frauenunterdrückung zu verbinden. Die barbarischen Gewalttaten des Militärs gegen friedliche Demonstrant_Innen vermitteln zudem ein ziemlich klares Bild davon, wie das zukünftige Militärregime aussehen würde. Der Mord an ihren Mitstreiter_Innen hat sie in ihrem wirklich beeindruckenden Kampfgeist bisher nur gestärkt: Die Opfer sollen nicht umsonst gewesen sein und deshalb wird nur eine völlige Niederlage des Militärs akzeptiert! Dieser Aktivismus und Mut sollte Aktivist_Innen weltweit ein leuchtendes Beispiel sein.

Das Militär kann geschlagen werden!

*Die unterdrückten
Völker Myanmars*

Eine in Myanmar besonders wichtige Frage ist die der unterdrückten Nationalitäten. Fast 1/3

der Bevölkerung besteht aus nationalen Minderheiten, die durch das Militär unzählige grausame Verbrechen wie Krieg, Vertreibungen und Völkermorde erleben mussten. Da sich die Lage auch unter der „Demokratie“ kaum geändert hat, wie der Genozid an den Rohingya 2017 beweist, waren die ethnischen Minderheiten von der NLD-Regierung zurecht enttäuscht. In dem Chaos des Volksaufstandes haben sich die ca. 20 Milizen nationaler Minderheiten gegen den Putsch gestellt. Sie haben die Demonstrationen geschützt oder ihren Kampf gegen das Militär mit Unterstützung der Bevölkerung erfolgreich ausgeweitet. Wichtiges Beispiel ist die Eroberung eines Militärstützpunktes durch Milizen der Karen Ende April.

Die burmesische Mehrheit muss den nationalen Minderheiten uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht einräumen. Das würde die Minderheiten mit großer Achtung gegenüber dem burmesischen Volk erfüllen und sie zu treuen Verbündeten im Kampf gegen das Militär machen. Die Nationalitäten Myanmars könnten so geeint und Myanmar zu einer Föderation gleichberechtigter Völker werden.

Risse im Militär

Das Niederschießen der eigenen Bevölkerung hat auch Risse im Sicherheitsapparat erkennen lassen. Einzelne Polizist_Innen flüchteten nach Indien, nachdem sie sich weigerten, Schießbefehle auszuführen. Obwohl es viel Unmut gibt, hat es jedoch bisher keine Meutereien gegeben. Solange das nicht passiert, ist das Regime relativ sicher. Es wäre also ein entscheidender Schritt, die einfachen Soldaten auf die Seite der Proteste zu ziehen. Es sind schon Videos aufgetaucht, in denen Demonstrant_Innen diese angefleht haben, nicht zu schießen. Auch Schilder und Flyer, die sich an die unteren Soldaten richten, können helfen, sie zum Aufstand zu motivieren. Die beste Versicherung, den Kadavergehorsam im Militär zu brechen, ist und bleibt jedoch, zu beweisen, dass man bereit ist, bis zum Sieg voranzuschreiten. Streiks in den vielen militäreigenen Betrieben sind dabei entscheidend. Mit

der hartnäckigen Unterdrückung des Aufstandes wird eine solche Entwicklung jedoch unwahrscheinlicher.

Internationale Solidarität

Bei einer Militärparade

Ende März waren ranghohe Vertreter_Innen Russlands, Indiens, Thailands, Bangladeschs, Laos, Vietnams, Chinas und Pakistans zugegen. So haben die Nachbarländer Myanmars den Putsch und die Massaker demonstrativ gebilligt. Außerdem wird von der ASEAN (der Staatenbund Südostasiens) höchstens zu einem „Ende der Gewalt“ aufgerufen, ohne sich zu positionieren. Natürlich haben sie die berechnete Angst, dass eine siegreiche Bewegung in Myanmar der Startschuss für ähnliche Bewegungen in ganz Asien sein könnte. Die unterdrückten Klassen in Asien müssen ihren Regierungen deshalb mit Demos und Streiks zeigen, dass sie es nicht widerstandslos hinnehmen werden, wenn ihre Klassengeschwister in Myanmar ermordet werden. So würden gleichzeitig die Völker Myanmars unterstützt und der eigenen Regierung der Kampf angesagt werden. Das kann zum Sturz der Regierungen des Kapitals in Asien führen und ein Schritt in eine neue sozialistische Gesellschaft darstellen.

Verfassungsgebende Versammlung und Generalstreik

Die Entwicklung in

Myanmar in den letzten 10 Jahren hat gezeigt, dass eine bürgerliche Herrschaft nur limitierte Freiheiten bringen kann, die jederzeit wieder rückgängig gemacht werden können. Der Weg zu einer befreiten Gesellschaft kann also nicht über den Zustand von vor dem Putsch führen. Richtigerweise fordern die Völker Myanmars eine verfassungsgebende Versammlung, die die kapital- und militärfreundliche Verfassung von 2008 abschafft. Dies kann jedoch nur mit einem unbefristeten Generalstreik erreicht werden. Die Generalstreiks im Februar und März lassen erahnen, was möglich ist,

doch ein unbefristeter würde dem Militär die Kontrolle über das Land vollständig entziehen und in der Lage sein, eine alternative Herrschaftsform gestützt auf die Unterdrückten und Ausgebeuteten hervorzubringen.

Eine neue Verfassung

sollte demokratische Freiheiten, wie Organisation, Versammlungs- und Redefreiheit garantieren. Doch dabei dürfen sie nicht stehenbleiben! Nur wenn die Bewegung weitergehende Forderungen gegen Kapital und Korruption annimmt, sich damit zu einer Bewegung für den Sozialismus entwickelt, können diese Freiheiten erkämpft und dauerhaft gesichert werden. Die Verteilung des Landes an die Bäuer_Innen und die Enteignung der Fabriken müssen deshalb durch die Verfassung vorbereitet werden. Volksmilizen müssen das Militär zerschlagen und die neue sozialistische Verfassung mit dem Gewehr verteidigen. Die NLD als bürgerliche Partei ist dabei hinderlich. Ihr völliges Versagen haben wir 2011-2021 erleben dürfen. Sie ist korrumpiert und unbrauchbar. Es muss deshalb eine eigene sozialistische Partei gegründet werden, die in der Lage ist, die bitternotigen Forderungen Wirklichkeit werden zu lassen.

Deshalb hoch die

internationale Solidarität, Nieder mit den Generälen, Sieg den heldenhaften Arbeiter_Innen und Bäuer_Innen Myanmars!

**Solidarität mit der Jugend in
Sheikh Jarrah! Solidarität mit**

dem palästinensischen Widerstand!

Zuerst

veröffentlicht

unter:

<https://arbeiterinnenmacht.de/2021/05/11/solidaritaet-mit-der-jugend-in-sheikh-jarrah-solidaritaet-mit-dem-palaestinensischen-widerstand/>

Dilara Lorin, Martin Suchanek, Infomail 1149, 11. April 2021

Seit Montag, den 10. Mai, bombardiert die israelische Luftwaffe Gaza. Mindestens 24 Menschen, darunter 9 Kinder, wurden nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums bis zum Morgen des 11. Mai getötet, 109 wurden verletzt. Insgesamt flogen die israelischen Streitkräfte 150 Angriffe.

Die Regierung Netanjahu und die Armeeführung präsentieren und rechtfertigen die Bombardierungen einmal mehr als Akt der Selbstverteidigung – und in ihrem Gefolge auch die westlichen imperialistischen Schutzmächte und Verbündeten Israels. Die Aktion wird als Reaktion auf den Abschuss von über 100 Raketen aus Gaza dargestellt, als Vergeltung auf eine vorhergehende Aktion der Hamas und des palästinensischen Widerstandes, die als „Terrorist_Innen“, „Islamist_Innen“ oder blutrünstige „Antisemit_Innen“ diffamiert werden.

Kurzum, der ideologischen Rechtfertigung der zionistischen Regierung wie ihrer westlichen Unterstützer_Innen gelten die Palästinenser_Innen als Aggressor_Innen. Die Vergeltungsschläge sollen bloß „verhältnismäßig“ bleiben und, so das stillschweigende Kalkül, nach einigen Tagen verebben.

Verschwiegen wird, worum es im „Konflikt“ eigentlich geht, worin seine Ursachen eigentlich bestehen. Dabei verdeutlicht der Kampf gegen die Räumung palästinensischer Wohnungen und Häuser im Ostjerusalemmer Stadtteil Sheikh Jarrah exemplarisch, worum es sich

dreht: um die fortgesetzte, systematische Vertreibung und nationale Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung. Ostjerusalem soll die nächste Etappe der Vertreibung und Annexion durch den zionistischen Staat darstellen – eine fortdauernde, die mit der Gründung Israels und dessen Expansion untrennbar verbunden ist.

Sheikh Jarrah

Auch wenn mittlerweile die internationalen Medien voll sind mit Berichten über Sheikh Jarrah, die Zusammenstöße von Polizei, zionistischen, rechten Siedler_Innen und palästinensischen Jugendlichen, so dienen diese wohl eher dem Einschwören auf die israelische und westliche politische Linie denn der Information.

Es wird nicht erwähnt, dass der zionistische Staat seit seiner Gründung unablässig fortfährt, Palästinenser_Innen aus ihren Wohnungen und Häusern zu vertreiben und dadurch in die Flucht zu zwingen. Es werden die ultraorthodoxen und rechten Gruppierungen nicht erwähnt, die friedlich Fasten brechende oder protestierende Palästinenser_Innen angreifen, sie aus ihren Häusern werfen und tatkräftig von den staatstragenden Parteien hofiert und unterstützt werden. Es wird beim Lob für Israels Impfkampagne nicht erwähnt, dass in den vom Staat besetzten israelischen Gebieten die Bevölkerung nicht nur keinen Zugang zum Impfstoff erlangt, sondern auch das gesamte Gesundheitssystem permanent vor dem Zusammenbruch steht. Palästinenser_Innen sind faktisch Menschen zweiter Klasse. Ihnen werden gleiche bürgerliche Rechte vorenthalten, Westbank und Gaza werden immer mehr von der Außenwelt abgeschottet.

Die rechte Regierung Netanjahu setzt seit Jahren auf einen aggressiveren Kurs der Vertreibung und der Annexion von Land in der Westbank infolge des Siedlungsbaus. Unter der Administration Trump und deren „The Deal of the Century“ wurde Jerusalem offiziell als Hauptstadt Israels anerkannt, eine Einladung an die zionistische Regierung, an Behörden und Gerichte sowie an rechte Siedler_Innen, die Annexion Ostjerusalems voranzutreiben.

Was hat all dies mit Sheikh Jarrah zu tun?

Sheikh Jarrah ist ein Viertel in Ostjerusalem, welches auch nach 1948, der Gründung des israelischen Staates, mehrheitlich von Palästinenser_Innen bewohnt war, während im Westen mehrheitlich israelische Staatsbürger_Innen wohnen und Palästinenser_Innen diesen Teil der Stadt nicht einfach so betreten dürfen. Diese Aufteilung und das Verbot für die palästinensische Bevölkerung sind Teil einer bewussten Politik, die immer mehr versucht, den Wohnraum und die Existenz von Palästinenser_Innen einzuschränken. Zwischen 2004 bis 2016 wurden 685 palästinensische Häuser in Jerusalem zerstört. 2513 Menschen wurden obdachlos.

Heute leben mehr als 700.000 israelische Siedler_Innen in illegalen Siedlungen in Palästina und Ostjerusalem. Aber damit leider nicht genug, denn die Situation um Sheikh Jarrah hat kein Alleinstellungsmerkmal. Diese Zwangsräumungen der dort seit Jahrhunderten ansässigen Palästinenser_Innen hat israelische Tradition und ist tragische Geschichte von mehr als 538 Städten und Dörfern. Den Bewohner_Innen dieses Stadtteils droht Vertreibung und die damit einhergehende Flucht - entweder auf „legalem“ Weg, indem israelische Gerichte Ansprüche von Siedler_Innen auf Häuser legitimieren, die seit Jahrzehnten von Palästinenser_Innen bewohnt wurden, oder auf „illegalem“, indem der Bau von Häusern und Wohnungen durch Siedler_Innen nachträglich anerkannt wird. Die Besatzungsbehörden planen außerdem den Bau von 200 Siedlungseinheiten auf dem Land und in den Häusern der Bevölkerung von Sheikh Jarrah. Diese Vertreibung ist seit mehr als 40 Jahren ein Teil des israelischen Siedlungsplans, um auf diesen Flächen Siedlungen zu errichten, so wie es im Westjordanland tagtäglich geschieht.

Al-Aqsa, Jerusalem und der Widerstand

Gegen die Räumung palästinensischer Häuser und Wohnungen wehren sich seit Tagen vor allem Jugendliche in Ostjerusalem. Dagegen ging

die Polizei mit äußerster Brutalität, mit Blendgranaten und Wasserwerfern vor. Hunderte wurden zum Teil schwer verletzt, um Unrecht und die Ordnung der Herrschenden aufrechtzuerhalten.

Anlässlich des „Jerusalem-Tages“, an dem in Israel die Annexion Ostjerusalems im Zuge des 6-Tage-Krieges von 1967 gefeiert wird, eskalierten rechte Siedler_Innen am 10. Mai bewusst die Lage, indem sie trotz der Spannungen ihren jährlichen reaktionären Fahnenmarsch durchführten. Diesmal wurde aus der gezielten Provokation faktisch ein Angriff auf die Al-Aqsa-Moschee. Diese befindet sich auf der Westseite Jerusalems in der Altstadt und bildet für die Muslime/a eines der 3 wichtigsten Heiligtümer. Tage zuvor schon hingen Plakate an den Wänden der Stadt, welche diese Angriffe seitens rechter Siedler_Innen propagierten und dazu aufriefen, sich daran zu beteiligen.

Während sich ein Teil der Palästinenser_Innen noch im Fastenmonat Ramadan befindet, kämpfen diese und andere gegen die Angriffe und Attacken. Es verbreiteten sich Bilder wo in der Al-Aqsa-Moschee Jugendliche Steine sammeln, Barrikaden bauen, um dem angekündigten Angriff entgegenzuwirken, und ein wütender Mob Siedler_Innen an den Türen und Toren der Altstadt rüttelt. Die Situation dauert schon seit mehreren Tagen an und es wurden mehr als 300 Palästinenser_Innen verletzt.

Der Angriff auf die Al-Aqsa-Moschee stellt dabei eine gezielte Provokation nicht nur der Palästinenser_Innen, sondern aller Muslime/a, ja aller Unterdrückten im Nahen Osten dar.

Dabei wurden bewusst und provokant religiöse Gefühle verletzt. Im Kern geht es aber um keine Glaubensfrage, sondern darum, den national und rassistisch Unterdrückten ihre Ohnmacht, ihre Chancenlosigkeit vorzuführen.

Der Widerstand gegen die Räumungen bildet daher nur einen Aspekt eines größeren Kampfes gegen ein System der Unterdrückung, der

Vertreibung, der fortgesetzten Kolonisierung und imperialistischen Ausbeutung. An vorderster Front bei den Demonstrationen und Kämpfen steht dabei oft die palästinensische Jugend.

Flächenbrand

Der Kampf um Sheikh Jarrah und um Al-Aqsa wirkt wie der berühmte Funken, der das Pulverfass zu entzünden droht. In zahlreichen Städten in der Westbank gingen Jugendliche, Arbeiter_Innen, Bauern/Bäuerinnen und die verarmten Massen auf die Straße. In Nazareth, Kafr Kana oder Schefar'am brachen in der Nacht vom Montag zum Dienstag lokale Aufstände aus. In Gaza marschieren Hunderte, wenn nicht Tausende, an die von der israelischen Armee hermetisch abgeriegelte und hochmilitarisierte Grenze.

Hamas und verschiedene Gruppen des palästinensischen Widerstandes feuern Raketen auf Israel, wohl wissend um die blutige Antwort von dessen Luftstreitkräften. Doch diese verzweifelten Aktionen in einem asymmetrischen Krieg verdeutlichen auch die Entschlossenheit des palästinensischen Volkes, dessen Würde und Existenz untrennbar mit dem Widerstand gegen die Besatzung verbunden ist.

Dieser Widerstand gegen die Besatzung ist in all seinen Formen legitim. Auch wenn die taktische und strategische Nützlichkeit von Raketenangriffen auf Israel fraglich ist, so unterscheiden wir als Revolutionär_Innen klar zwischen der Gewalt der Unterdrücker_Innen, des israelischen Staates und seiner Armee, und der Unterdrückten und solidarisieren uns mit dem Widerstand.

Eine neue Intifada liegt in der Luft. Die entscheidende politische Frage ist jedoch, wie sich diese ausweiten, wie sie siegen kann. Die zionistische Vertreibung und Expansion und die offene Unterstützung durch Trump haben schon in den letzten Jahren die Palästinenser_Innen in eine immer verzweifeltere Lage gebracht und auch die politische Führungskrise in der Linken und Arbeiter_Innenklasse massiv verschärft. Auch wenn die Palästinensische Autonomiebehörde und die Hamas die Bewegung in Ostjerusalem unterstützen, so kollaboriert

erstere nach wie vor mit dem zionistischen Staat und jagt einer Verhandlungslösung nach. Auch die Hamas verfügt über keine Strategie zum Sieg und bietet eine reaktionäre, religiöse und keine fortschrittliche, demokratische oder gar sozialistische Perspektive im Interesse der Arbeiter_Innenklasse.

Die zentrale Frage besteht daher darin, wie die fortgesetzten Bombardements Israels gestoppt und die lokalen Aufstände der Jugend verbreitert werden können und in diesem Zug auch eine neue, revolutionäre Kraft in Palästina aufgebaut werden kann. Dies ist nicht so sehr eine organisatorische, sondern vor allem eine programmatische Frage.

Um den Widerstand gegen die zionistische Aggression voranzutreiben, braucht es eine neue Intifada, die die Form eines Generalstreiks in den Werkstätten und auf den Feldern sowie der Einstellung jeder Kooperation mit den Institutionen der Besatzungsmacht annimmt. Die Möglichkeiten des rein ökonomischen Drucks in Palästina sind aufgrund der Ersetzung palästinensischer Arbeitskraft in vielen israelischen Unternehmen erschwert, wenn auch nicht unmöglich.

Von entscheidender Bedeutung könnte und müsste die Solidarität der Arbeiter_Innenklasse und Unterdrückten in den Ländern des Nahen Ostens sein, indem sie Israel und seine militärische Maschinerie durch Streiks und Weigerung, Waren zu transportieren oder Finanztransaktionen durchzuführen, unter Druck setzt. Dies könnte in Verbindung mit massenhaften Solidaritätsdemonstrationen auch die reaktionären arabischen Regime in Ägypten und Saudi-Arabien oder die vorgeblichen Freund_Innen der Palästinenser_Innen wie Erdogan oder Chamenei entlarven und die Arbeiter_Innenklasse zur führenden Kraft im Kampf gegen den Zionismus machen.

Dieser Druck kann auch die klassenübergreifende Einheit zwischen Kapital und jüdischer Arbeiter_Innenklasse in Israel unterminieren und damit die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes von

palästinensischer Arbeiter_Innenklasse und Bauern-/Bäuer_Innenschaft mit der jüdischen Arbeiter_Innenklasse gegen Zionismus und für einen gemeinsamen, multinationalen Staat unter Anerkennung des Rückkehrrechts aller Palästinenser_Innen eröffnen.

Schließlich müssen die Arbeiter_Innenklasse und die Linke in den imperialistischen Ländern selbst in Solidarität mit dem palästinensischen Volk auf die Straße gehen und mit Streik und Boykott von Transporten den Druck auf Israel erhöhen, die Luftangriffe auf Gaza und die Repression in Ostjerusalem einzustellen. Solidaritätskundgebungen und die Unterstützung von Demonstrationen zum Nakba-Tag wären dazu ein erster Schritt.

Die Bombardements seitens Israel, die Belagerung Gazas und die Siedlungsbauten in der Westbank haben auch jede Hoffnung auf die Zwei-Staaten-Lösung begraben. Angesichts der Vertreibung, der Aggression und Unnachgiebigkeit der israelischen Regierungen erweist sie sich nicht nur als reaktionär, sondern schlichtweg auch als komplett illusorisch, als diplomatische Farce. Die einzig mögliche demokratische Lösung besteht in der Zerschlagung des Systems der Apartheid und der rassistischen Grundlage des zionistischen Staates, im Recht auf Rückkehr für alle Palästinenser_Innen und in der Errichtung eines binationalen Staates auf der Basis vollständiger rechtlicher Gleichheit aller. Die imperialistischen Staaten wie die USA, Deutschland, Britannien und die EU müssen dazu gezwungen werden, die Kosten für diese Rückkehr und den Aufbau der nötigen Infrastruktur und Wohnungen zu tragen. Damit diese ohne nationalistische Gegensätze erfolgen kann, muss diese demokratische Umwälzung mit einer sozialistischen, mit der Enteignung des Großkapitals und Großgrundbesitzes verbunden werden.

- Schluss mit der Besatzung! Keine Bomben auf Palästina!
- Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand!
- Für einen binationalen Staat, in dem alle Staatsbürger_Innen gleiche Rechte haben unabhängig von ethnischer Herkunft und Religion!

- Für ein sozialistisches Palästina als Teil Vereinigter Sozialistische Staaten des Nahen und Mittleren Ostens!
-

Abschlussprüfungen trotz Pandemie? Schluss mit dem Notensystem!

Von

Clara Roth

Seit

einem Jahr hält die Pandemie die ganze Welt in Atem. Doch als ob nichts gewesen wäre, finden die Abschlussprüfungen dieses Jahr wie gewohnt statt und zwar mit denselben hohen Anforderungen wie vor der Pandemie. Die Abiturient_Innen sollen schließlich „auch in diesem Jahr ein anerkanntes Abitur machen“, so Berlins Bildungssenatorin Scheeres. Eine hohle Ausrede zur Verteidigung einer diskriminierenden Schulpolitik:

Denn

auch und gerade

für Schüler_Innen stellt die Pandemie in Anbetracht einer auf allen Ebenen verfehlten Schulpolitik eine enorme Belastung dar. Der Online-Unterricht an deutschen Schulen bleibt bis heute eine einzige Katastrophe. Das sträfliche staatliche Versäumnis, rechtzeitig ein einheitliches und adäquates Home-Schooling-Konzept zu entwickeln, mündete in einem willkürlichen Mix aus schlecht funktionierendem Fernunterricht und chaotischem Präsenzunterricht. Angesichts fehlender Endgeräte, langsamer Internetverbindungen mit ständigem Ausfall, mangelhaft geschulten Lehrpersonals, fehlender psychischer

und sozialer Betreuung und fehlender finanzieller Unterstützung der Schüler_Innen, steht der deutsche Fernunterricht ziemlich mies da.
Dass

jedes vierte Kind kein funktionierendes Endgerät und/oder keine Internetverbindung hat und, dass jedem siebten Kind ein ruhiger Ort zum Lernen fehlt, dass demzufolge das Benotungssystem in diesem Jahr Kinder aus einkommensschwachen Familien unfairer behandelt als je zuvor, scheint kein ausreichender Grund für eine Aussetzung der diesjährigen Prüfungen zu sein.

Noch

schlimmer sieht es allerdings bei der unverantwortlichen Rückkehr zum Präsenzunterricht aus, auf den Schulen weder personell noch technisch und hygienisch vorbereitet sind. So handelt die Politik seit einem Jahr entgegen aller Vernunft und setzt mutwillig das Leben der Schüler_Innen, Lehrer_Innen und deren Umfeld auf Spiel. Aber ungeachtet all dessen, werden die Prüfungen als „alternativlos“ dargestellt und durchgezogen, zumal es durchaus eine Alternative in Form des Durchschnittsabiturs gäbe, der dieselbe Glaubwürdigkeit zukommen dürfte. Wieso wird selbst in einer Jahrhundertkrise weiterhin stur am gewohnten Abitur festgehalten? Woher kommt diese Notenbesessenheit?

Die

Schule als Fabrik für Arbeitskräfte

Schauen

wir uns einmal genauer an, nach welchen Kriterien wir in der Schule benotet werden. Es kommt einem zwar unmittelbar so vor, als würden wir danach bewertet, wie schnell wir lernen oder wie „schlau“ wir sind, doch wenn wir genauer hinsehen, stehen eigentlich Gehorsam und Fleiß an oberster Stelle. Wer zu spät kommt, sich den schulischen „Spielregeln“ widersetzt und nicht willens oder imstande ist, stundenlang ruhig zu sitzen, sich auf langweilige Inhalte zu konzentrieren und den Anordnungen der Lehrkraft brav Folge zu leisten, hat von vorneherein keine Chance, eine gute Note zu

erzielen. So versichern gute Noten den späteren Arbeitgeber_Innen, dass die Person sich ohne wenn und aber unterordnen und die ihr auferlegte Aufgabe erledigen kann. Doch das ist nur die Vorbedingung: Es kommt zusätzlich darauf an, sich in direkter Konkurrenz zu Mitschüler_Innen durchzusetzen und besser zu sein als andere. Lehrer_Innen sind dazu angehalten, zu verhindern, dass zu viele Schüler_Innen gleichzeitig gute Noten erzielen. Wenn das bei der Vorbereitung mal falsch eingeschätzt wurde, kommt es auch mal vor, dass bei Prüfungen Benotungskriterien absurderweise im Nachhinein verschoben werden, damit der Notenspiegel nicht zu gut ausfällt. Ein derartiges Benotungssystem definiert den eigenen Erfolg unmittelbar über den Misserfolg der Mitmenschen. Von Kindesbeinen an lautet das Motto: Du bist auf dich gestellt, du musst dich durchsetzen und wenn es bedeutet, auch mal die Ellbogen auszufahren. Anderen zu helfen bringt einem höchstens was, wenn man mal als Gruppe bewertet wird und sich dabei wiederum mit anderen Gruppen misst. Ansonsten ist in der Konkurrenz Nachsicht mit anderen eher kontraproduktiv. Und jedem Individuum, das sich gegen diese zutiefst antisoziale und das Gemeinschaftsglück zerstörende Schulrealität aufzulehnen wagt, oder sich nicht an die Verhältnisse anpassen kann oder will, drohen schlechte Noten. Unterdurchschnittliche oder gar fehlende Abschlüsse verbauen den Weg des sozialen Aufstiegs und resultieren in mies bezahlter, harter Arbeit und lebenslangen prekären Verhältnissen. Die Angst vor schlechten Noten ist somit keine Eitelkeit, sondern berechtigte Existenzangst und als solche ein effektives repressives Druckmittel der Herrschenden, um gesellschaftliche Machthörigkeit zu schaffen und aufrechtzuerhalten.

Im

Endeffekt ist, wie das gesamte Bildungssystem, auch das Notensystem auf den Kapitalismus ausgerichtet. Dem Staat und dem Kapital geht es selbstverständlich nicht um persönliche Entfaltung und Bereicherung des Lebens von Schüler_Innen. Da es die höchste Priorität darstellt, die Wirtschaft am Laufen zu halten und Profite zu maximieren, ist die Schule als Ort entworfen, an dem massenhaft

Arbeitskräfte ausgebildet werden. Und weil alles im Kapitalismus einen Geldwert haben muss, dienen schulische Noten gewissermaßen als individuelle Preisschilder der Lohnabhängigen und liefern den Kapitalist_Innen eine „objektive“ Orientierungshilfe, wer sich eher für die Führungsetage eignet und wer zum/zur einfachen Arbeiter_In taugt. Ähnlich wie bei Preisschildern für normale Produkte hängen Noten und Abschlüsse damit zusammen, wie viel Aufwand und Lebenszeit es durchschnittlich gekostet haben dürfte, diese zu erreichen und je mehr das ist, desto höher dürfte auch der Preis (in Form des Lohns) für deine Arbeitskraft liegen, um diesen Aufwand zu entschädigen. Und damit sind wir dann beim Kern des Problems angelangt: Falls es in diesem Jahr gerechterweise Erleichterungen für die Abschlussjahrgänge gäbe, wäre auf einmal nicht mehr klar, wie hoch diese Entschädigung tatsächlich ausfallen sollte, weil die Kapitalist_Innen sich nicht mehr darauf verlassen können, wie viel der Abschluss und damit die Arbeitskraft eigentlich „wert“ ist, wenn man diesen mit anderen Abschlüssen vergleicht. Das würde zum einen für Chaos am Arbeitsmarkt sorgen und damit die Verwertung stören, zum anderen gäbe es dann aber auch für die Kapitalist_Innen die „Gefahr“, dass manche Arbeiter_Innen „zu hoch“ bezahlt werden. Deswegen ist es auch für die Herrschenden das allerwichtigste, dass trotz aller Widrigkeiten für die Schüler_Innen die Abschlüsse „allgemein anerkannt“ sind und damit wird klar, dass auch diese Vergleichbarkeit bloß vorgetäuscht ist. Und mit den verschiedenen Startbedingungen, die jeder_jede aus den sozialen Hintergründen mitbringt, war diese Vergleichbarkeit auch noch nie gerecht!

Befreit die Bildung!

Wie kann aber eine mögliche Alternative zum täglichen Noten- und Leistungsdruck konkret aussehen? Wie können wir die Schule in einen Ort verwandeln, an dem Schüler_Innen ohne Angst und Druck gemeinsam

lernen, neben Fachwissen auch soziale Kompetenz erlangen, ihre Talente entdecken und entfalten können, anstatt sie ins Korsett der Verwertung zwängen zu müssen? Es gibt bereits jetzt schon alternative Lernmodelle (Beispielsweise Montessori oder Waldorf), die sich in Hinblick auf das Notensystem durchaus bewährt haben. An diesen Schulen erhalten die Schüler_Innen von der ersten bis zur achten Klasse sogenannte individualisierte Leistungsbeurteilungen und Noten kommen erst ab der neunten Klasse ins Spiel. Sie widerlegen die kapitalistische Grundannahme, dass Kinder ohne Notendruck und aus freien Stücken nichts Produktives zustande bringen würden. Schüler_Innen fühlen sich dort oftmals wohler und die schlussendlichen Leistungen ab der Benotung können sich meist auch sehen lassen. Brecht scheint wohl recht damit zu haben, dass der Mensch, weil er ein Mensch ist, Stiefel im Gesicht nicht gern hat- auch nicht beim Lernen.

Diese alternativen Inseln können aber für sich nicht der Misere des kapitalistischen Bildungssystems beikommen. Zum einen sind sie vielerorts für breite Bevölkerungsschichten kaum zugänglich, da es sich um Privatschulen handelt. Bei mangelnder Ausstattung der Schulen oder zu hohen Klassengrößen helfen dann nur hohe Gebühren. Zum anderen müssen sie sich letzten Endes dem Diktat des vorherrschenden Bildungswesens beugen, spätestens wenn es um Abschlüsse wie das Abitur geht. Der Kapitalismus in der Gestalt liberaler Demokratie kann eine begrenzte Menge harmloser Spielerei durchaus dulden, gar begrüßen, wenn es aber ernst wird, sind Ziffernzeugnisse unbedingt notwendig und nicht verhandelbar. Noten sind nun einmal integrale Bestandteile eines Bildungssystems, das vor allem auf die Bedürfnisse der Kapitalist_Innen zugeschnitten ist.

Daher ist unsere Perspektive eine gänzlich andere: Wir wollen Komitees aus Schüler_Innen, Lehrer_Innen und Eltern erkämpfen, damit wir uns wirklich von der Macht des Staates und Kapitals entkoppeln können

und die Schule so gestalten, wie wir sie uns wünschen. Das Schulsystem muss dahingehend demokratisiert werden, dass Eltern, Schüler_Innen und Lehrer_Innen gemeinsam sowohl über die Lerninhalte, als auch über die Art und Weise der Bildung und Erziehung bestimmen können. Die Lernenden und Lehrenden sollten selbst entscheiden können, welche Inhalte sie interessieren und wirklich auf das Leben vorbereiten. Dazu sollte sich der Unterricht an der Lebensrealität der Schüler_Innen orientieren und nicht bloß an den Anforderungen der Herrschenden. Weiterhin muss Bildung für jede/n zugänglich sein: Privatschulen müssen verstaatlicht werden, Lernmittel wie Bücher oder Tablets müssen kostenlos verfügbar sein und Schüler_Innen, die zuhause nicht lernen können, müssen Zugang zu öffentlichen Lernräumen bekommen. Jedoch reicht es nicht nur das Bildungssystem zu revolutionieren: Bildung kann ihren wahren Wert erst dann erlangen, wenn auch die Arbeit ihren erlangt hat. Erst wenn das kapitalistische Ausbeutungssystem überwunden ist und unsere Arbeit vom Zwang, verwertet zu werden, befreit wird, wird auch die Bildung vom Notenzwang und Konkurrenzdruck befreit werden können.